

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

837 und 838

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, XXXXXXXXXX

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

26. November 1949

Blatt 1355

Es geht um das Leben von Kindern!

=====

Erst vor kurzem hat die Frauenmilchsammelstelle der Stadt Wien einen Aufruf an alle stillenden Mütter erlassen, überschüssige Brustmilch zur Verfügung zu stellen. Leider hat sich noch nicht der gewünschte Erfolg eingestellt. In vielen Fällen hängt das Leben der kleinen Patienten und mutterlosen Säuglinge vom Erhalt der Muttermilch ab. Nach dem letzten Bericht des Statistischen Amtes der Stadt Wien ist die Säuglingssterblichkeit im Steigen begriffen.

Es wird daher noch einmal an die stillenden Mütter appelliert und sie auch ersucht, eine etwaige Scheu zu überwinden. Die Milch wird durch geschulte Schwestern mit Autos der Milchsammelstelle aus der Wohnung abgeholt.

Die Mütter erwerben sich durch eine solche gute Tat nicht nur die Anerkennung ihrer Mitbürger, sie bekommen auch eine Fettzubeße, Fleischmarken und eine Geldentschädigung.

Anmeldungen sind dringend erbeten an die Frauenmilchsammelstelle der Stadt Wien, 18., Bastiengasse 36-38, Telephon A 26-0-53.

"Die junge Schauspielerin in Wien"

=====

Dr. Hilde Weinberger wird Samstag, den 26. November, um 17 Uhr, im Rahmen des Vortragszyklus "Die Wienerin", der in der gleichnamigen Ausstellung im Künstlerhaus abgehalten wird, über das Thema "Die junge Schauspielerin in Wien" sprechen. Der Vortrag behandelt interessante und aktuelle Kulturprobleme vom Standpunkt der Nachwuchsschauspielerin.

Die Eintrittskarte für die Ausstellung berechtigt zum Besuch des Vortrags.

"Die Wienerin in der Liebe"
=====

Die Wiener Schriftstellerin Ann Tizia Leitich wird Sonntag, den 27. November, um 17 Uhr, im Rahmen des Vortragszyklus "Die Wienerin", der in der gleichnamigen Ausstellung im Künstlerhaus abgehalten wird, über das Thema "Die Wienerin in der Liebe" sprechen.

Die Eintrittskarte für die Ausstellung berechtigt auch zum Besuch des Vortrags.

Einführungs- und Schlußfahrten der
=====

Autobus-Schnellverkehrslinie 5
=====

Ab Montag, den 28. November, erfolgen die Einführungs- und Schlußfahrten der Autobusschnellverkehrslinie 5 auf der Strecke Garage Grinzing - Grinzinger Allee - Iglaseegasse - Silbergasse - Zumbuschgasse - Barawitzkagasse - Gunoldstraße - Heiligenstädter-Brücke - Brigittenufer-Brücke-Forsthausgasse - Engelsplatz. Die Einführungslinie wird in zwei Teilstrecken unterteilt, und zwar Garage Grinzing - Heiligenstädter Straße und Heiligenstädter Straße - Engelsplatz. Eine Teilstrecke kostet 40 g, zwei Teilstrecken kosten 60 g.

"Die Wienerin" erwartet den 20.000. Besucher
=====

Im Künstlerhaus, wo seit einem Monat die große Ausstellung "Die Wienerin" zu sehen ist, wird morgen Sonntag bereits der 20.000. Besucher erwartet. Der bisherige Erfolg dieser Ausstellung berechtigt zur Annahme, daß "Die Wienerin" zum größten Kulturereignis des Jahres wird. Jedenfalls hat sich schon im Laufe des ersten Monats gezeigt, daß diesmal sogar der Rekordbesuch der Plakatschau im Jahre 1948 übertroffen wurde. Der weitaus stärkste Besucherzustrom im Künstlerhaus wird an Sonntagen vermerkt. Aber auch an Wochentagen wird eine für eine Kunstausstellung ansehnliche Durchschnittszahl von 300 Besuchern erreicht. Der 20.000. Besucher wird durch eine wertvolle Spende überrascht werden. Der 10.000. und 15.000. Besucher wurde mit einer Radierung von R.H. Kepell belohnt.

"Ausstellung des Tschechoslowakischen Buches" eröffnet
=====

Heute vormittag wurde in der Agathon-Galerie am Opernring die "Ausstellung des Tschechoslowakischen Buches" eröffnet. Die Ausstellung gibt einen Überblick über die Produktion des tschechischen Verlagswesens. Die Verlagsberechtigung liegt heute durchwegs bei den Massenorganisationen. Dadurch ist die Mindestauflage eines Buches 10.000 bis 50.000 Stück. Ein Buch des tschechischen Staatspräsidenten Klement Gottwald hat sogar eine Auflage von 400.000 erreicht. Neben den heimischen Autoren weist die tschechoslowakische Buchproduktion viele Übersetzungen international bekannter Schriftsteller auf. So findet man in der Ausstellung Bücher u.a. von Heine, Poe, Dickens, Balzac, Gogol, Lermontov, Rilke, Hauff, Arnold Zweig und auch eine Neuausgabe von Goethes Faust.

Bei der Eröffnung der Ausstellung waren Bürgermeister Dr.h.c. Körner, Stadtrat Dr. Matejka und in Vertretung des Unterrichtsministers Hofrat Dr. Dolberg sowie Vertreter der tschechoslowaki-

schen Gesandtschaft und andere Festgäste anwesend.

Der tschechoslowakische Kulturattaché Miroslaw Swoboda hielt die Begrüßungsansprache. Dann sprach Bürgermeister Dr.h.c. Körner, der sich an die Zeit erinnerte, als zwischen Österreich und der Tschechoslowakei noch keine Grenzen bestanden. Er begrüßte die Buchausstellung als einen Schritt, der wieder zur gegenseitigen Verständigung getan wird.

Die tschechische Buchausstellung ist bis 10. Dezember in der Galerie Agathon zugänglich.

Unterrichtserfolge des Konservatoriums

=====

Der Ausbildungsschüler der Violinklasse Prof. Altmann des Konservatoriums der Stadt Wien, Rudolf Lindner, ist als Konzertmeister für das Orchester der Städte Bagdad und Beirut verpflichtet worden und verläßt Wien bereits Anfang Dezember.

Der Ausbildungsschüler der Klarinettenklasse Prof. Hans Krensberger, Friedrich Polacek, wurde an das "Große Vorarlberger Funksorchester" engagiert.

Finanz- und Wohnungsprobleme im Städtebund

=====

Im Wiener Rathaus hat heute unter dem Vorsitz der Bürgermeister Dr. Körner und Dr. Koref die Geschäftsleitung und der Finanzausschuß des Österreichischen Städtebundes getagt. Es referierten Stadtrat Resch über Finanzfragen, Baudirektor Dipl.Ing. Gundacker über eine einheitliche Bauordnung und die Bemühungen um die Schaffung eines Landesplanungsgesetzes, Vizebürgermeister Honay über Personalangelegenheiten und Sekretär Riemer über Fragen der Schulerhaltung, über das Wohnungsproblem und verschiedene andere die Gemeinden eng berührende Angelegenheiten.

Nach eingehender Debatte beschloß die Geschäftsleitung des Städtebundes, den vom Bundesministerium für Finanzen vor einigen Tagen den Vertretern der Länder und Gemeinden vorgelegten

Entwurf eines neuen Finanzausgleichsgesetzes als Diskussionsgrundlage abzulehnen. In seinem Beschluß stellt der Städtebund fest, daß solche Verhandlungen nicht nur die Befriedigung der finanziellen Bedürfnisse des Bundes zum Ziele haben können. Er protestiert energisch gegen den Versuch, die Steuerhoheit der Gemeinden zu schmälern und stellt fest, daß eine Kürzung der Gemeindefinnahmen, wie sie der Gesetzentwurf vorsieht, die Gemeindefinanz ruiniert und die Gemeinden zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben unfähig machen würde. Der Städtebund verlangt die unveränderte Verlängerung der Geltung des bestehenden Finanzausgleiches bis zum Jahresende 1950 und die rechtzeitige Einleitung von Verhandlungen über die Gestaltung eines definitiven Finanzausgleiches.

Durch einen weiteren Beschluß empfiehlt der Städtebund seinen Mitgliedsgemeinden, zum Ausgleich der in den letzten Wochen eingetretenen Preiserhöhungen den Gemeindebediensteten eine Überbrückungshilfe in dem gleichen Ausmaße auszahlend, das die Bundesregierung für die Angestellten und Bediensteten des Bundes gewährt.

Die Geschäftsleitung setzte sodann je einen Fachausschuß für Fremdenverkehrsfragen und zur Beratung des Wohnungsproblems ein. In der Debatte über den letzteren Gegenstand wurde die drückende Not, die auf dem Gebiete des Wohnungswesens in den Städten und Industriegemeinden herrscht, von Vertretern aus allen Bundesländern aufgezeigt. In der Diskussion wurde eine Entschliebung beantragt, in der die Regierung und das Parlament aufgefordert werden, ausreichende Mittel für den Wohnungsbau zu erschließen. Soweit nicht Mittel des ERP-Fonds zur Verfügung gestellt werden können, erscheint dem Städtebund die Schaffung einer dem Wohnbau dienenden Zwecksteuer, die von der gesamten Bevölkerung aufzubringen sein wird, als das wirksamste Mittel zur Überwindung der drückenden Wohnungsnot. In der Entschliebung wird ferner eine Novellierung des Wohnhauswiederaufbaugesetzes auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen dringend empfohlen.

In einer weiteren Resolution wird die Aufmerksamkeit der Bundes- und Landesbehörden auf die Tatsache gelenkt, daß jenen Gemeinden, die Haupt- und Berufsschulen betreiben, daraus schwere

26. November 1949

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1360

finanzielle Lasten erwachsen, daß diese Schulen von vielen Kindern aus Umgebungsgemeinden besucht werden, ohne daß dafür ein entsprechender Schulkostenbeitrag entrichtet wird. Der Städtebund verlangt eine bundesgesetzliche Regelung.

In einer Stellungnahme zum Dritten Rückstellungsgesetz, zu dem der Städtebund vor einiger Zeit bereits einen Novellierungsantrag eingebracht hat, beschloß die Geschäftsleitung, eine Vorsprache beim Bundesminister für Justiz.